steuer, die auf die Verbraucher abgewälzt war, war für die Zechenbesitzer nicht mehr aufzubringen! Für die deutsche Regierung war es daher selbstverständlich, daß die Reichsbank für die notleidende Industrie eine Stützungsaktion unternimmt. Die Industrie entlastete die Reichsbank von ihrem Devisenbesitz. Und die Industrie entlastete sie richtig. Wie es sich eben für Kapitalisten geziemt. Mit den der Reichsbank abgenommenen Devisen wird jetzt eine Rheinische Goldnotenbank gegründet, was die wirtschaftliche Trennung von Deutschland bedeutet, und den weiteren Abbau des Staates. Das Kleinbürgertum rast. Es ist die Wut des Betrogenen, der keine Konsequenzen zu ziehen weiß:

Kapital und seinen Helfern. Das Proletariat sollte sich mehr denn je die Erkenntnis aneignen: halbe Wahrheit ist Lüge. Dann würde es nicht hoffen auf eine Besserung nach dem Rezept, das die oben zitierte Zeitung im selben Artikel bringt, nämlich: Herabsetzung der Preise. Die Dummheit, daraufhin Luftschlösser zu bauen, trauen wir jedoch der „Vossischen" eigentlich nicht zu. Wenn sie „freien Wettbewerb" und „Oeffnung der Grenzen" verlangt, grinst dahinter vielmehr irgend eine an der Einfuhr interessierte bestimmte Clique. Oder soll der deutsche Kapitalist seine „vollen" Lager verschenken, nur um wieder neu produzieren zu lassen? Es ist, auch wenn es den Willen dazu hätte, mit den

den Arbeitskräfte, nun seine Kraftquellen wo anders zu suchen. Blos gemach! Sie sind überall am Versiegen. Die Fäulnis im Kapitals-Körper hat schon die nationalen Grenzen überall überschritten. Die Ringbildung zum Schutze der Profitinteressen ist umgeschlagen von der Höherentwicklung zur Verzweiflungsäußerung, in diesem Sinne auch Zweckmäßigkeit.

Das große Rätselraten ist vorbei: Jeder Arbeiter ist auf die Aussterbeliste gestellt, wenn er nicht mehr gebraucht wird. Aber der Arbeiter lernt es unglaublich schwer, ebenso aus Zweckmäßigkeit zu handeln wie der Gegner. Gegen den Tod ist bisher noch kein Kraut gewachsen. Die Bourgeoisie ist in ihren Worten und seit sie die

führen müsse, die die Durchführung des bis jetzt schon Beschlossenen aufs äußerste gefährdeten.

Also — es wird nicht mehr gebaut! Denn, bekanntlich heißt es in der Bibel des Kapitalismus: Jeder kann mit seinem Geld machen was er will; vor allem seine Mitmenschen ausbeuten! Proleten brauchen keine Wohnung, wenn sie sie nicht bezahlen können — wie jene arme Familie, die heute aus ihrer Hofwohnung in der Uhlandstraße, im feinsten Wohnviertel von Berlin herausgeworfen wurde und die armselige Habe auf dem Hof aufbaute, nur über dem Familienbett eine Zeltbahn aufschlug, um dort tagelang inmitten des schmarotzenden Kurfürstendammschiebertums, hilflos dem Regen ausgesetzt zu hausen. Die rechtzeitig über die drohende Exmittierung informierte Behörde könnte keine noch so schäbige Notwohnung verschaffen. Wozu brauchen Proleten Wohnung! Wenn nur die Börsenspekulanten und die Herren der Wirtschaft ihre Villen bauen können!

3.

Genfer Hilflosigkeit.

Was hier an diesen Beispielen der Plan- und Hilflosigkeit kapitalistischen Wirtschaftsgetriebes, an einzelnen Beispielen immer wieder nachgewiesen wurde, findet ferner weitere Ergänzung in den Ergebnissen oder vielmehr in der Ergebnislosigkeit der Weltwirtschaftskonferenz, die da in Genf tagte. Die Interessengegensätze platzten täglich auseinander. Für Zollpolitik die einen, für Freihandel die andern, für internationale Kartellierung dieser, für Beschränkung des Kartellwesens jene, für hohe Arbeitslöhne die Amerikaner, gegen hohe Arbeitslöhne die deutschen Industriellen. Die Vertreter der zweiten Internationale, Jouhaux, Eggert und Konsorten kurzten begeistert auf die amerikanische Weisheit, ahnungslos, daß mit den Forderungen der Arbeiterschaft, mit ihrem Willen zur Aufrichtung des Sozialismus, der kommunistischen Gemeinwirtschaft die Frage der hohen Löhne nichts zu tun hat und auch keinen Ausweg bietet aus dem Wirrwarr in den sich der Kapitalismus verstrickt muß. Solange es Kapitalismus gibt, also Mehrheit nach den Gesetzen der Profitrate produziert wird, müssen höhere Löhne sich auswirken im Sinken des Realwertes. Das kann sich natürlich verschieden zugunsten vorübergehend besonders günstig gelagerter Produktionszweige und Arbeiterschichten oder auch einmal zum Vorteil einzelner Wirtschaftsgebiete, die abhängige Ausfuhrgebiete mehr oder weniger monopolistisch belisten. Aber für die Not und das Elend der proletarischen Klasse ist nichts zu hoffen im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft, für diese aber auch nichts aus der Lohnsteigerung und ihrer angeblichen Kaufsequenz, der steigenden Kaufkraft der breiten Massen. Löhne werden nur gezahlt für geleistete Produktion, können also auch in ihrer Eigenschaft als Mittel zur Konsumption nur jenen Teil der abgesetzenden Produkte konsumieren, der dem Verhältnis: Summe der Löhne zur Summe des kapitalistisch erreichten Wertes der Gesamtproduktion entspricht.

Immer wieder beweist es sich zum Wesen des Kapitalismus gehörig, daß er überhaupt nicht in der Lage ist, in Wirtschaftsperspektiven zu denken, die über das heute und morgen, über das egoistische Interesse der einzelnen Unternehmungen oder Wirtschaftszweige hinausgehen. Niemand hatte den Mut, die eigentlich akuten Probleme der Weltwirtschaft auch nur zur Diskussion zu stellen: Dawes-Abkommen und europäisch-amerikanische Schuldenregulierung. Es darf nicht daran gerührt werden, weil die ganze künstliche Konstruktion wie ein Kartenblatt zusammenstürzt, und weil für Amerika die sehr peinliche Frage des Abbaues der hohen Zollmauern mit der tatsächlichen Durchführung jener Abkommen untrennbar verknüpft ist. In dem schon eingesetzten Kampf der amerikanischen Parteien wird der dann ausbrechende Streit für und wider die Zölle, von noch unübersehbaren Konsequenzen für das amerikanische Wirtschaftsleben werden. Auf die Stellung Rußlands kommen wir noch an anderer Stelle zurück.

Zu einer wirklichen auch nur theoretischen Klärung der Dinge, ist es ebenfalls gekommen, wie zu dem Versuch einer groß angelegten Analyse der Weltwirtschaft.

Das babylonische Sprachengewirr ist im Zeitalter Taussain-Langenscheidt und 1000 Worte Englisch überwunden, im babylonischen Wirtschaftsgewirr aber hilft keine Kenntnis sämtlicher europäischer Dialekte, hier gilt nur die Dialektik im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung, die harte und klare Sprache des kommunistischen Manifestes — es wird Zeit, daß das Proletariat auf sie hört! b.r.

Der konstruktive Gedanke im Selbstbewußtsein!

Proletarisches Klassenbewußtsein, entstanden durch die Produktions- und Eigentumsverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Gesellschaft hat durch ihre moderne Technik eine derartige Entwicklung erreicht, das ganz offensichtlich das materielle Sein aller Klassen in deutlichem Zusammenhang mit den Eigentums- und Produktionsverhältnissen zu sehen ist. Diese Erkenntnis des materiellen Seins, stellt das Proletariat vor die Aufgabe der Aenderung des gesellschaftlichen Zustandes, indem sie die Klassenverhältnisse vernichtet, und ihr eigenes Klassenziel, die Diktatur des Proletariats aufrichtet. Durch diese Aufrichtung vollzieht die proletarische Klasse ihre geschichtliche Mission, und wird hiermit Wegbereiter der kommunistischen Gesellschaft.

Der konstruktive Gedanke des Kommunismus hat seine Wurzel im Rätesystem. Hier kommen die Produktionskräfte zur vollen Entfaltung und bedingen durch den Gemeinschaftsbesitz, und gemeinschaftlicher Arbeit die Lösung der sozialen Frage.

Die Voraussetzung zum Kommunismus ist die Schaffung des Selbstbewußtseins im Proletariat, dieses zu wecken und zu fördern ist die dringendste Aufgabe der KAP. Hierdurch, d. h. durch die Selbstbewußtsein-Entwicklung überwindet das Proletariat die alte geistige Abhängigkeit und wächst auf zum Kommunismus.

Rußlands Vorschläge in Genf.

Elf Punkte.

1. Annullierung sämtlicher Kriegsschulden, sowie sämtlicher Zahlungen, die auf den Weltkrieg Bezug haben;

2. Erhöhung der Löhne der Industriearbeiter;

3. Wiederherstellung des Achtstundentages und Einführung des Sechsstundentages im Bergbau, sowie in gesundheitsgefährdenden Industrien;

4. Völlige Freiheit der gewerkschaftlichen Organisationen, insbesondere Freiheit des Streikrechtes;

5. Weitgehende Unterstützung sämtlicher Arbeitslosen;

6. Kampf gegen die Preiserhöhungen der Industriewaren als Folge der Kartellbildung;

7. Beseitigung aller Schranken, die die Verschiebung des Bevölkerungsüberschusses aus einem Lande in das andere hindern;

8. Beseitigung des Protektoratssystems über Mandatsgebiete und Kolonien, Rückzug der Truppen aus den Kolonien, Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker;

9. Zurückhaltung aller fremden Truppen aus China, völlige politische und wirtschaftliche Freiheit für China;

10. Einstellung des wirtschaftlichen und politischen Boykotts gegen Sowjetrußland, Wiederherstellung der Beziehungen zur Sowjetunion auf der Basis der Gleichberechtigung unter folgenden Bedingungen: a) Sowjetrußland erhält Kredite zur Erhöhung seiner Kaufkraft, b) das ausländische Kapital erhält in Sowjetrußland Konzessionen, c) Herstellung technischer Zusammenarbeit und Austausch von Sachverständigen auf dem Gebiete der industriellen Technik, d) Verzicht auf jeden Versuch einer Aenderung des gegenwärtigen sozialistischen Systems in Sowjetrußland, insbesondere Verzicht auf jeden Angriff gegen das Außenhandelsmonopol;

11. Völlige Abrüstung mit Beseitigung aller ständigen Armeen und Flotten, Organisierung der Arbeiter und Bauern, die die Beseitigung aller militärischen Zwecken dienenden Einrichtungen zu kontrollieren hätten.

Wenn die Arbeiter der KPD. hieraus nicht sehen, daß der einzigste Arbeiterstaat der Welt (Rußland) tatsächlich Mitglied des Völkerbundes ist, ist ihnen nicht zu helfen. Selbstverständlich wird die 3. Internationale weiterhin versuchen, ihre Mitglieder von diesem Glauben fernzuhalten.

Es muß weiterhin die Aufgabe der KAP. und AAU. sein, den Arbeitern, die kapitalistische Einstellung Rußlands und der 3. Internationale in die Gehirne zu hämmern.

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff.

Der Reichstagsabgeordnete Artur Rosenberg ist aus der „einzigsten Arbeiterpartei" (KPD.) ausgetreten. Er begründet seinen Austritt damit, daß die Komintern nicht die richtige Politik China gegenüber vertritt. Er will natürlich sein Mandat als „parteiloser" Abgeordneter ausüben. Hier ist wieder mal zu sehen, wie die Geister der KPD. als Verwandlungskünstler in Frage kommen. Rosenberg gehörte eine Zeit der linken KPD.-Opposition an, ging aber schnell wieder zur äußersten rechten Linie (Zentralo) zurück. Rosenberg besaß noch auf dem Essener Parteitag der KPD. die Frechheit zu sagen: Unser größter Feind ist nicht die Bourgeoisie, ist nicht das Reichsgericht, sondern die ultralinke Phrase in unsern eigenen Reihen. Das heißt also soviel, daß nicht die Bourgeoisie und das Reichsgericht, sondern alle oppositionellen Gruppen der KPD. und die KAP. sowie AAU. zu bekämpfen sind.

Mitglieder der KPD. verliert endlich die Schuppen von euern Augen!

Attentate und ihre Folgen.

Nachdem diese Nummer unseres Blattes schon im Druck ist, fallen die Schüsse in Warschau, Minsk und Leningrad. Der Sowjetgesandte wird ermordet, in einem kommunistischen Diskussionsklub werden Bomben geschleudert. Die russische Regierung antwortete mit scharfen Noten an die Polen, gerichtet aber an die englische Adresse und mit der Erschießung von zwanzig zaristischen konterrevolutionären Agenten. Im Rahmen der allgemeinen Rußlandhistuffion ein neuer erregender Faktor, wie ihn kein Regisseur des großen Weltheaters besser hätte erfinden können, um die dramatische Steigerung wieder anzufachen. Zwei Probleme tauchen auf: Die Wirkung auf den latenten Konflikt Rußland-Polen-Westmächte und die Auswirkung innerhalb der russischen Parteiverhältnisse.

Polen hat auf die scharfe Note Litwinoffs außerordentlich entgegenkommend geantwortet, der von der Presse herbeigezogene Bergleich mit dem Serajewoer Attentat ist ja auch völlig sinnlos. Die Schüsse des Serben Princip waren tatsächlich Ausdruck der von Oesterreich unterdrückten serbischen Bevölkerungsteile, der monarchistische Student in Warschau ist kein Vertreter polnischer Interessen gegen Rußland sondern im Gegenteil: die Polen haben keine größeren Feinde als den zaristischen Monarchismus. Insoweit die Engländer hinter den Attentaten stecken, läßt sich heute noch nicht übersehen, diese Behauptung der Russen wird leider durch den Unsinn entkräftet, daß sie verbreiten, Churchill persönlich habe den Attentätern sozusagen die „Tips" gegeben. Die bürgerliche Presse fällt natürlich vor allem über Rußlands Gegenmaßnahmen her. Spricht von Terror, sie, die die Ermordung tausender deutscher Proletarier selbst durch ihre Hetze auf dem Gewissen hat! Ob diese Erschießungen im Rahmen der offiziellen russischen Politik zweckmäßig waren, kann bezweifelt werden. Jedenfalls sollten sie innerpolitisch die Wirkung haben, die radikalen Elemente durch eine revolutionäre entschiedene Geste zu beruhigen, um die außenpolitische Linie im Fahrtwasser des Nachgebens, sich Nicht-Provozierenlassens weiter einhalten zu können.

Zuschriften und Geldsendungen an Gustav Herrmann, Berlin-Steglitz, Schloßstr. 120.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Carl Giesche, Berlin-Friedenau. — Verlag: Carl Giesche, Berlin-Friedenau.
Druck: Allianzsche Buchdruckerei, Berlin-Steglitz.

6. Jahrgang 1927
Erscheint monatlich 1 mal

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Nr. 6 10 Pfg.
Erscheint monatlich 1 mal

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.
Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale

Die Deutsche Bourgeoisie zwischen West und Ost!

Es scheint, als ob die gefürchtete „Option", die Entscheidung zwischen West und Ost, der Republik der Hindenburg und Stresemann, der Borsig und Jacob Goldschmidt noch einmal erspart geblieben wäre. Alle Kräfte der großen Weltpolitik drängen zu einer Entscheidung — und ihre Träger alle haben zugleich noch Furcht, die Entscheidung könne zu rasch, oder im ungeeigneten Augenblick, kommen.

Kein Zweifel, daß die englische Bourgeoisie mit allen Mitteln und an allen ihr erreichbaren Punkten einen politischen und wirtschaftlichen Druck auf Rußland ausübt, mindestens mit der Absicht zu versuchen, wie die russische Regierung darauf antwortet, und zu sehen wie sich dadurch die inneren Gegensätze in Rußland verschärfen lassen.

Eben so sicher ist aber, daß die englische Konservative Partei und Regierung — von einzelnen Ministern vielleicht abgesehen — einen offenen, von England selbst zu führenden Krieg so lang als möglich zu vermeiden wünscht. Sie ist sich der Stimmung im eigenen Lande dafür nicht sicher genug, sie scheut die Konzessionen an die Dominions und an die nichtenglischen Mächte, sie bedenkt auch, daß die englische Industrie an einem Krieg, den andre für sie führen, besser und rüstkoster verdienen kann als an einem, den England selbst führt.

Dieses letztere Argument, das ja auch so vollkommen mit der Ueberlieferung der englischen Außenpolitik übereinstimmt, dürfte — neben anderen Gründen, — Stresemann seinem Kollegen Chamberlain in Genf nahegelegt haben. Wenn gleichzeitig die Führer der englischen Industrie ihren deutschen Kollegen, den Duisberg und Konsorten, einen Besuch abgestattet haben, so wird das kaum ein Zufall sein, und beide Konferenzen, die der Kapitalisten und die ihrer politischen Geschäftsführer, werden voneinander in den sächlichen Hauptpunkten unterrichtet gewesen sein.

Trotz alledem wäre es natürlich falsch, das von Moskau aus angestimmte Alarmgeschrei wegen des drohenden Interventionskrieges gegen Rußland lediglich als Bluff aufzufassen. Bluff daran ist eins: die Behauptung, daß ein solcher Krieg der Krieg der Konterrevolutionären Kapitalistischen Mächte gegen das einzige revolutionäre Land, das Land des sozialistischen Aufbaus wäre. Mag vielleicht der Verstand mancher Dick-Köpfe unter den Konservativen Englands und der ganzen Welt nicht weiter reichen als bis zum Begreifen einer solchen Phrase — im übrigen ist sie nur noch gut für die eingeölten Rekruten von Rotfront. Sonst weiß die ganze Welt, daß es sich bei diesem Kampf im Anlaß und Ziel darum handelt, die Abschließung Rußlands durch Außenhandelsmonopol und hohe Zölle zu durchbrechen, das — ganz und gar nicht sozialistische — Gefüge des russischen Staatskapitalismus aufzulösen und dem ausländischen Kapital, vor allem dem englischen, freie Bahn zur Ausbeutung der russischen Naturschätze, Arbeitskräfte und Absatzmärkte zu schaffen.

Daß außerdem ein solcher Krieg, wie jeder imperialistische Krieg, ein innerer Krieg gegen die Proletariermassen der beteiligten Länder wäre, versteht sich von selbst. Und darum — nicht zum Schutze eines in Rußland gar nicht vorhandenen Sozialismus — muß die Arbeiterschaft gegen jeden neuen Krieg zum Kampf aufgerufen werden.

Nun gehen allerdings in der Berichterstattung über die Rolle der deutschen Regierung zwei Gruppen von Nachrichten nebeneinander her. Die einen wollen von dem Plan wissen, einen gemeinsamen internationalen Aufruf gegen die Komintern zu erlassen, wobei Stresemann eine wichtige Rolle in der Anregung dieses Gedankens zugeschrieben wird; man soll beabsichtigen, eine deutliche Trennungslinie zwischen russischer Regierung und Komintern zu ziehen. Auf der andern Seite schwirren Gerüchte über eine mit englischer Unterstützung geplante Erweiterung der Reichswehr auf einen tatsächlichen Bestand von 300000 statt 100000 Mann, mit Verstärkung der schweren Artillerie u. a.; in Verbindung damit wird von der „Roten Fahne" erneut Alarm geschlagen wegen des berüchtigten Durchmarschrechtes durch Deutschland.

Beides widerspricht einander natürlich nicht. Daß die Presse, die jetzt in der deutschen Republik das Heft in der Hand haben, aus innen- wie außenpolitischen und auch aus Profitgründen eine Aufrüstung betreiben, ist klar. Daß man den Zeitpunkt des englischen Wütens gegen Rußland benutzte, um in dieser Frage einen Vorstoß zu machen, ist sehr möglich. Ob man aber damit angesichts des französischen (und bestimmt auch des amerikanischen) Widerstandes zum Ziel kommen wird, scheint denn doch sehr zweifelhaft. Auf der andern Seite ist der Gedanke eines Manifestes gegen die Komintern sehr geschickt gewählt, um den Kriegstreibern den Wind aus den Segeln zu nehmen, an die Stelle des offenen Krieges gegen Rußland, also der konkreten imperialistischen Handlung, eine ungeschriebene Politik der Worte unterzuschieben, und so der deutschen Bourgeoisie die peinliche Entscheidung zwischen West und Ost vorläufig noch zu sparen. Es liegt daher nahe, den Ursprung dieses Gedankens bei Stresemann zu suchen, und es sogar nicht unwahrscheinlich, daß Stresemann hierin mit Tschitscherin einig geworden ist, dem natürlich vor allem daran liegt, den Krieg zu vermeiden, und der gern in Kauf nehmen würde, daß die Komintern durch ein solches Manifest eine Auflackerung ihres etwas schadhaft gewordenen „revolutionären" Glanzes, sehr zu Unrecht, erhalten würde.

Ist also alles Kriegsgeschrei überflüssig? Entwickelt sich der Kapitalismus friedlich weiter? Ein Blick auf China zeigt, daß das natürlich nicht der Fall ist. In Europa allerdings wird vorläufig nur der innere Krieg, der Krieg gegen das Proletariat, geführt. Aber ganz zweifellos sind wir nicht mehr weit von dem Zeitpunkt entfernt, wo auch in Europa der überheizte Dampfkessel des Imperialismus wieder zum Platzen kommt. Wie das geschieht, kann man heut nicht wissen. Es kann unter freundlicher Mithilfe Mussolinis am Mittelmeer und auf dem Balkan beginnen. Es kann irgendwo an der Ostsee, um Polen herum, zum Klappen kommen. Es kann in einigen Monaten sein, es kann auch — was wahrscheinlicher ist — noch Jahre dauern. Die neueste Vermutung glaubt den ersten Brandherd im Innern Rußlands, in der Ukraine vor allem zu sehen.

Wie auch immer: die europäische, insbesondere die deutsche Arbeiterklasse, ist auf einen solchen Brand so schlecht vorbereitet wie nur je. Die berühmte Rotfront würde im Ernstfalle sofort auseinanderplatzen. Eine proletarische Partei, die in solchem Falle eine wirklich selbständige Politik treiben könnte, gibt es nicht — abgesehen von den Kommunistischen Arbeiterparteien.

Dies aber wäre grade das wesentliche: eine selbständige, rein proletarische Politik. Der nächste Krieg wird auf deutschem Boden eine außerordentlich verwickelte Situation schaffen. Daß in dieser Situation die Klassenkräfte von vornherein sich klaren Ausdruck verschaffen könnten, ist nahezu unmöglich. Die Klasseninteressen der deutschen Bourgeoisie sind außenpolitisch gespalten zwischen West und Ost, und diese Spaltung setzt sich auf deutschem Boden fort. Westlich der Elbe, vor allem im Industriegebiet, ist der Druck Englands und Frankreichs stark genug, um hier eine ganz einheitliche Parteinahme der Bourgeoisie für diese beiden Mächte — vorausgesetzt, daß sie unter sich einig bleiben — zu schaffen. Im Osten dagegen wird jede Erschütterung des Gleichgewichts die „nationalsozialistischen" Strömungen unter irgend einer Flagge wieder auffeben lassen, deren eigentliches Ziel dort der Krieg gegen Polen ist. (sei es selbst „Schulter an Schulter" mit der Sowjetregierung) und die Rückeroberung Danzigs, des Korridors, der posenschen Agrarprovinzen und der oberschlesischen Industrie. Diese widerstrebenden Kräfte in West und Ost sind noch nicht zum Ausgleich gelangt, obwohl England die amtliche deutsche Außenpolitik zu 3/4 regiert.

steuer, die auf die Verbraucher abgewälzt war, war für die Zechenbesitzer nicht mehr aufzubringen! Für die deutsche Regierung war es daher selbstverständlich, daß die Reichsbank für die notleidende Industrie eine Stützungsaktion unternimmt. Die Industrie entlastete die Reichsbank von ihrem Devisenbesitz. Und die Industrie entlastete sie richtig. Wie es sich eben für Kapitalisten geziemt. Mit den der Reichsbank abgenommenen Devisen wird jetzt eine Rheinische Goldnotenbank gegründet, was die wirtschaftliche Trennung von Deutschland bedeutet, und den weiteren Abbau des Staates. Das Kleinbürgertum rast. Es ist die Wut des Betrogenen, der keine Konsequenzen zu ziehen weiß:

Kapital und seinen Helfern. Das Proletariat sollte sich mehr denn je die Erkenntnis aneignen: halbe Wahrheit ist Lüge. Dann würde es nicht hoffen auf eine Besserung nach dem Rezept, das die oben zitierte Zeitung im selben Artikel bringt, nämlich: Herabsetzung der Preise. Die Dummheit, daraufhin Luftschlösser zu bauen, trauen wir jedoch der „Vossischen“ eigentlich nicht zu. Wenn sie „freien Wettbewerb“ und „Oeffnung der Grenzen“ verlangt, grinst dahinter vielmehr irgend eine an der Einfuhr interessierte bestimmte Clique. Oder soll der deutsche Kapitalist seine „vollen“ Lager verschenken, nur um wieder neu produzieren zu lassen? Es ist, auch wenn es den Willen dazu hätte, mit den

den Arbeitskräfte, nun seine Kraftquellen wo anders zu suchen. Blos gemach! Sie sind überall am Versiegen. Die Fäulnis im Kapitals-Körper hat schon die nationalen Grenzen überall überschritten. Die Ringbildung zum Schutze der Profitinteressen ist umgeschlagen von der Höherentwicklung zur Verzweiflungsäußerung, in diesem Sinne auch Zweckmäßigkeit.

Das große Rätselraten ist vorbei: Jeder Arbeiter ist auf die Aussterbeliste gestellt, wenn er nicht mehr gebraucht wird. Aber der Arbeiter lernt es unglaublich schwer, ebenso aus Zweckmäßigkeit zu handeln wie der Gegner. Gegen den Tod ist bisher noch kein Kraut gewachsen. Die

---

Zu dieser Zwiespältigkeit kommt hinzu, daß jeder künftige europäische Krieg die Fragen der deutschen Heeresorganisation und Kriegsindustrie neu aufrollen wird — Fragen die ohnehin nie ganz zur Ruhe kommen können. Bandenbildung an den Grenzen für alle kämpfenden Mächte, Anwerbung freiwilliger Truppen für alle Kriegsschauplätze, schwarze Reichswehr, Munitionsaufträge offen und versteckt werden die Kennzeichen der Lage sein.

Inmitten dieses von der Bourgeoisie künstlich verstärkten Wirrwarrs wird die deutsche Arbeiterschaft dringender als je einer Partei bedürfen, die eindeutig klare, absolut selbständige proletarisch-revolutionäre Politik macht. Keine Bündnisspielerei mit wem auch immer, keine falsche Spekulation auf innere Gegensätze der Bourgeoisie wird dann helfen können, sondern nur Sammlung aller revolutionären Kräfte unter eindeutig proletarisch-revolutionären Parolen, zum Sturz der Bourgeoisie aller Richtungen, zum Sturz des Kapitalismus aller Sorten, zur Eroberung der Produktionsmittel und zum Aufbau der Rätemacht.

Es ist noch nicht so weit. Es kann noch lange dauern. Aber es kann ebenso gut über Nacht die Situation reif werden. as.

Die „orthodoxen Leninisten“.

Es weht wieder einmal eine neue „Fahne.“ Die „Fahne des Kommunismus“ wird jeden Freitag von ihrem verantwortlichen Fahnenträger Hugo Urbahns über den Häuptern der beklagenswerten Arbeiterschaft geschwungen, und darauf steht „Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten“. Wer sich auf Stil versteht, erkennt, daß die meisten Beiträge von Maslow und Ruth Fischer geschrieben sind. Es werden dort sehr starke Töne gegen die Leitung der KPD, gegen die „Mameluden“ vom Ekki der Komintern, ja gegen Stalin, Rykow, Bucharin gefunden. Zu wessen Gunsten?

Die erste Nummer begann mit einer dicken Schlagzeile: „Hände weg von Sowjet-Rußland“! Die zweite wiederholte den Ruf. Denn die Herausgeber und Schriftleiter dieses Battes sind eben nicht nur orthodoxe Marxisten, sondern „orthodoxe Marxisten-Leninisten“. Sie haben das Rezept entdeckt, wie „Sowjetrußland“ zu schützen ist, und wie Lenin den richtigen revolutionären Marx wiederherstellte, so geht ihr Ehrgeiz dahin, den richtigen revolutionären Lenin von der reformistischen Verunreinigung zu säubern, die ihm Stalin, Rykow, Bucharin angetan haben.

Nun, das ist alles gut und schön, und es ist lehrreich zu lesen, wie in dem Bericht über die letzte Tagung der „Erweiterten Exekutive“ der Komintern die Sprache der 2. Internationale in den dort gefaßten Resolutionen vielfach richtig nachgewiesen wird. Wie aber stimmt es mit dem orthodoxen Leninismus überein, wenn in der Nummer vom 17. Juni von der russischen Partei nichts weniger gefordert wird als: Kampf gegen die Kulaken, Kampf gegen die Nepmänner? Richtig, die Stalin-Rykow-Bucharin sind „soweit vorgedrungen auf der Bahn des nacktesten Nationalreformismus, daß es für sie kein Zurück mehr gibt“; aber wer sonst hat als erster diese Bahn eingeschlagen? Wer, wenn nicht Lenin selbst? Und wo bleibt andrerseits der „orthodoxe Marxismus“, wenn man nicht einsehen kann, daß die Klassenverhältnisse in Rußland schon längst, seit dem Zurückebben und dem (durch Lenin selbst noch mitverschuldeten) Scheitern der ersten proletarischen Revolutionswelle in Europa, mit übermächtiger Gewalt die Rückwendung zum Kapitalismus erzwingen? Die Klassenverhältnisse selbst, nicht der kaukasische Junker Stalin, nicht der studierte Großbauer Rykow, nicht der nachträgliche Theoretiker Bucharin, denen hier eine konterrevolutionäre Heldenrolle angedichtet wird, wie sie nur in eine bürgerlich-„heroische“ Geschichtsauffassung hineinpaßt.

Die Rolle der Maslow-Urbahns-Fischer ist mit dieser „Fahne des Kommunismus“ nur noch einmal deutlich gekennzeichnet für die, die sie nicht ohnehin kannten. Sie sind objektiv, zwischen Korsch-Schwarz auf der einen, den zentraletreuen „Linken“ auf der andern Seite, das Sprachrohr derjenigen Arbeiter, die ihre gefühlsmäßige Sympathie für „Sowjetrußland“ und ihre Heroenanbetung für Lenin noch nicht haben überwinden können, die aber doch das richtige Gefühl haben, von den Komintern und der RKP. in den Sumpf und zurück zur 2. Internationale geführt zu werden. Ihnen bietet die Gruppe Maslow-Urbahns-Fischer zunächst das, was ihr Herz („Hände weg von „Sowjetrußland“ — „orthodoxe Marxisten-Leninisten“) braucht und was ihre Erkenntnis, ohne allzuweit getrieben zu werden, ertragen kann („Nieder mit Kulaken und Nep-Leuten“ — „fort mit dem nationalreformistischen Ekki“). Damit wird verhindert die Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen den Klassenverhältnissen in Rußland und der russischen Staatspolitik, zwischen dieser und der Politik der Komintern, zwischen der Bauernpolitik Lenins und dem chinesischen Fiasco, schließlich, um vieles in einem zusammenzufassen, zwischen den 21 Thesen des 2. Kongresses der Komintern und der Konterrevolutionären Heimkehr zur 2. Internationale, die sich heut endlich sichtbar vorbereitet.

Wenn so die Gruppe Maslow-Urbahns-Fischer sich erneut als Hindernis der revolutionären Bewußtseinsentwicklung zu erkennen gibt, so muß unter ihren Anhängern diese Erkenntnis doch schon einen gewissen Reifegrad erreicht haben, wenn das Blatt der Gruppe gezwungen ist, seinen Lesern zu verraten, daß (nach Trotzki sogar!) die imperialistische Gefahr für Sowjetrußland übertroffen wird von einer andern, von der Gefahr der „jetzigen Führung der KPSU. mit ihrem innenparteilichen Regime, das — — — der Gegenrevolution von innen die Wege bahnt und die Kommunisten aus der Partei wirft“.

„— — — die Kommunisten aus der Partei wirft!“ — — — das ist der große Schmerz der Urbahns-Maslow-Fischer-Leute. Und darum wiederholen sie in den Nummern vom 3. und 10. Juni, als ihre taktische Grundlinie, das als Forderung frisierte „Angebot“: „sofort die Einheit der Komintern auf leninscher Grundlage herzustellen durch Rückgängigmachen aller gegen linke leninistische (!) Kommunisten getätigten Ausschlüsse“. Nachtigall ick hör dir loofen. Wieder in Gnaden aufgenommen zu werden in die behaglichen Arme des Mütterchen Komintern — das ist subjektiv die taktische „Linie“ der Urbahns-Maslow-Fischer.

Zu den Betriebsrätewahlen!

Arbeiter, Klassengenossen!

Ihr begeht eine dauernde Handlung, die vom größten Teil der Arbeiterklasse nicht verstanden wird, nämlich, die Wahl der Betriebsräte.

Der Kapitalismus Deutschlands hatte von 1914—1918 aus imperialistischen Interessen seinen Bestand an Rohprodukten bis zur Neige ausgeschöpft. Der wirtschaftliche Zusammenbruch stand bevor. Da kam, begünstigt durch die Niederlage des Militarismus, der November 1918. Große Teile der deutschen Arbeiter glaubten, das Joch der Ausbeutung würde ihnen durch reformistische Berufsführer vom Nacken genommen, aber doch mindestens würden soviele wirtschaftliche und politische Vorteile herauskommen, daß ihre Existenz für Generationen gesichert sei. Dieses war ein geschichtlicher Irrtum, und Irrtümer sind Notwendigkeiten, um begangene Dummheiten nicht zu wiederholen. Wenige aus der Arbeiterklasse sahen damals schon etwas weiter. Ihr Ruf: „Her mit den politischen Räten! Her mit der Sozialisierung!“ waren Schlachtrufe der Revolution.

Wie wurde da von Euren Ausbeutern und ihren schwarzen, gelben und roten Gewerkschaftsknechten, Euch Arbeiter, die Nationalversammlung empfohlen, die Euch ja auch durch die Gesetzmaschine in das Joch der Ausbeutung wieder einspannte. Arbeiter! Ihr habt gewählt. Die Nationalversammlung hat Euch gesetzliche Räte gegeben.

Am Tage der Verankerung des kapitalistischen Betriebsrätegesetzes, mußten durch Maschinengewehre der Noskiden die unter der Fassade des Reichstagsgebäudes standen, 43 Arbeiter ihr Leben lassen, und 400 Verwundete bedeckten den Vorplatz. Der Neukapitalismus feierte wieder militärische Siege. — Eine Schmach für die Arbeiterklasse. — Alles Dummheiten, die Ihr damals nicht weiter sehen wolltet, aber später, und wenn Ihr Euch nicht bald aufrafft, noch schwer bezahlen müßt. Denn der Kapitalismus mit seinem Anhang, Gewerkschaften und Parlamente, nutzen Eure Unkenntnisse ökonomisch und politisch im Interesse des Profits aus. Ob Ihr zu Hunderttausenden dabei umkommt, schert den Teufel. Der Kapitalismus mit seinem Anhang will leben. Darum der Schrei nach dem Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft.

Nur Schmarotzer an der Arbeiterklasse, und Irregeführte aus der Arbeiterklasse können diesen Schrei ausstoßen. Der Kapitalist macht Profit, der Abgeordnete schluckt Diäten, und der Berufsführer (gewerkschaftl. wie politisch) hat das 3—5 fache an Gehalt wie Ihr beim Schuften. Der gesetzliche Betriebsrat ist während seiner Degislaturperiode nicht zu kündigen, erhält den Spitzenlohn, und ist Anwärter als Bonze bei den Gewerkschaften und Parlamentsparteien. Auch eignet er sich als Schlichtungsrat, denn er beweist dem Kapitalismus seine eigene Notwendigkeit. Alles, was der Betrieb über Euch wissen muß, geht durch das Maul des Betriebsrats. Tausende Arbeiter sind mit Hilfe des Betriebsrats auf die Straße rationalisiert worden. Alles rauft sich um die Betriebsräte. Die schwarzen, gelben, die SPD und KPD Gewerkschaften und die Syndikalisten. Alle wollen leben vom Wiederaufbau der Kapitalswirtschaft.

Arbeiter, Klassengenossen! Der Kapitalismus wird, und kann nicht mehr aufgebaut werden. Der Kapitalismus hat seinen Höhepunkt seit 1910-12 überschritten. Von da ab ging es sicher und ständig nach unten, denn die Gesetze des Kapitalismus sind in Widerspruch geraten. Produktion und Absatz sind nicht in Einklang mehr zu bringen. Die Akkumalation ist unterbunden. Neue Erdteile werden nicht mehr entdeckt, und der Absatzmarkt wird immer enger. Einen Ausweg gibt es nicht. Die Kolonialvölker Marokkos, Chinas, Indiens und Mittelamerikas schreien nach ihrem eigenen Nationalkapitalismus. Dieser Kapitalismus wird, über kurz oder lang, in den Konkurrenzkampf mit dem alten Westkapitalismus treten müssen. Trotz Völkerbund, trotz Pazifismus. Mag der Westkapitalismus aus organisatorischem Trustgebilde und besserer Technik noch eine Weile der Stärkere sein, aber das Schicksal des Gesamt-Kapitalismus ist bezeichnet durch die Todeskrisis. Mag dieselbe hüben wie drüben, früher oder später sich katastrophal auswirken, an der Gesamtlage wird er nichts ändern. Aus ehernen Gesetzen bedingt, wird und muß in dieser Phase der Todeskrise der einzelne Stärkere den Schwächeren vernichten müssen ökonomisch und politisch.

Proleten! Ihr seid gewarnt, ob Ihr wollt oder nicht, die Geschichte macht keinen Spaß. Aber sie gebraucht klare, selbstdenkende und klassenbewußte Arbeiter, und keine Bevormünder, die Euch genug entmannt haben.

Schmiedet Euch bewegliche Klassenorganismen, die Euch den Weg zeigen in eine neue Welt, die Welt des Kommunismus!

Schmiedet Euch Eure Organisation an den Produktionsstätten und Stempelstellen zum Sturze einer Gesellschaft, die Euch in den Untergang führt!

Nieder mit den Betriebsräten!

Nieder mit den Gewerkschaften!

Nieder mit dem Parlamentarismus!

Schafft Kommunistische Arbeiterparteien und Betriebsorganisationen: Essener Richtung!

Der proletarische Staat.

8. Fortsetzung.

„. . . . Diese Verbindung (der Massen mit den Verwaltungsorganen des Rätesystems) wird gefördert auch dadurch, daß im Rätesystem die Wahlen selbst nicht nach den künstlichen territorialen Bezirken, sondern nach den Produktionseinheiten stattfinden.“ („Richtlinien der kommunistischen Internationale“, veröffentlicht in „Die kommunistische Internationale“, Zeitschrift 1919, Nr. 1.)

„Die Räteverfassung bringt den Staatsapparat den Massen auch dadurch näher, daß die Wahleinheit und Grundzelle des Staates nicht einen territorialen Begriff bildet, sondern eine Produktionseinheit (Betrieb und Fabrik).“ („Das Programm der kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)“, Leipzig 1919.)

„Das Rätesystem erfaßt entsprechend der Auffassung des Sozialismus von der wertezeugenden, aber noch kapitalistisch ausgebeuteten Arbeit, den werktätigen Menschen, dort wo er produktiv tätig ist, im Betrieb, in der Fabrik, unmittelbar in seiner Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft.“ (E. Ludwig: „Die Rolle der Arbeiterräte in der deutschen Revolution“, Berlin 1919.)

„Das Land wird durch die Räte regiert. Und diese Räte werden von der werktätigen Bevölkerung an den Arbeitsstätten selbst gewählt, in den Fabriken und Werkstätten, in den Bergwerken, in den Dörfern.“ (N. Bucharin: „Programm der Kommunisten (Bolschewiki)“, Berlin 1919.)

„Auch für die politischen Wahlen unter dem Rätesystem kommt der Großbetrieb oder die Berufstätigkeit der Proletarier in erster Linie als Grundlage in Betracht.“ (Ernst Däumig: „Das Rätesystem“. Rede auf dem Parteitag der U. S. P. D. am 4. und 5. März 1919. Berlin 1919.)

V.

a) Der Aufbau.

Ueber die Betriebe als Grundsteine des proletarischen Staates greift dieser in seiner Organisation, entsprechend der Reichweite und Intensität der Wirtschaftsbeziehungen, hinaus auf größere, höhere Wahlkörperschaften. Da (nach der historisch-materialistischen Theorie) alle territorialen Gruppenbildungen der Menschen in letzter Linie nur die Ergebnisse ihrer jeweiligen Abhängigkeit von der Natur und dem dieser Abhängigkeit entsprechenden Entwicklungsgrad der Produktivkräfte sind, da ferner der Umfang der politischen Organisationsform der Menschen mit dem jeweiligen relativen Umfange der wirtschaftlichen Beziehungen übereinstimmt, wobei die letzteren die Ursache der ersteren sind, so muß sich auch der proletarische Staat in seinem Umfange dem jeweiligen Entwicklungsgrad des Wirkungskreises und der Intensität der ökonomischen Beziehungen anpassen und seinen organisatorischen Aufbau unter Berücksichtigung dieser Faktoren vollziehen. Der proletarische Staat muß sich m. a. W. die territorialen Gruppenbildungen der Menschen, die durch die historische Entwicklung der Wirtschaftsweise vorgezeichnet sind, zum Muster für seinen Aufbau über den einzelnen Betrieb hinaus nehmen. Als markanteste territoriale Gruppenbildungen der Menschen in diesem Sinne weist die gegenwärtige Epoche vor allem die der Kommune (Stadt bezw. Dorf) und die des „nationalen Staates“ auf. Wie es innerhalb des „nationalen Staates“ (darunter versteht man in diesem Zusammenhang: die innerhalb bestimmter, von der Bourgeoisie als „Nation“ bezeichneten geographischen Grenzen als Wirtschaftseinheit wohnende Bevölkerung) Zwischenstufen in der politischen Organisation der Wirtschaft, die den Rahmen der Kommune überschreiten und die, historisch betrachtet, den Etappen in der Entwicklungsphase der Wirtschaftsorganisation von der Kommune bis zum „nationalen Staat“ entsprechen, gibt, so haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte politische Organisationsgebilde als Folgewirkung auf die Fortentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen geformt, die wiederum über den Rahmen des „nationalen Staates“ hinausgehen. Keine dieser beiden Erscheinungen kann der proletarische Staat vorerst unbeachtet lassen, sondern beide muß er in sein Staatssystem nach der ihnen zukommenden historischen Bedeutung einfügen. Diese intra- bzw. internationalen politischen Organisationsformen der Wirtschaft finden im proletarischen Staat ihren passenden Reflex in Räteinstitutionen intra- bzw. internationalen Charakters. Die Zahl und die Form der zwischen den ursprünglichen, aus den Betrieben hervorgehenden Räten und der Zentralräteinstanz des „nationalen Staates“ eingeschalteten Räteinstitutionen richtet sich in jedem Falle nach der politischen und wirtschaftlichen Struktur und dem Entwicklungsgrad des betreffenden „nationalen Staates“. Kreis, Provinz, Departement, Territorialstaat, Gouvernement sind Zwischenbezirke dieser Art; auf diese Zwischenbezirke gründen sich die intranationalen Räte in der allerersten Zeit der Bildung des proletarischen Staates. Später, allerdings so schnell als irgend möglich, werden diese intranationalen Räte unter Aufhebung der bisherigen (bürgerlichen) Zwischenbezirke lediglich nach Wirtschaftsbezirken, d. h. nach ihrer Produktion einheitlich zusammenhängenden Gebieten, gegliedert. Die internationalen Räte sind überstaatliche politische Körperschaften als logische Konsequenz der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen über den nationalen Rahmen hinaus zu internationalen Handels- und Austauschbeziehungen. Sie sind das Gegenstück des Proletariats zu den überstaatlichen Organisationen des Kapitals, den Staatenbünden (Mitteleuropäischer Staatenbund, Entente, Völkerbund).

Je mehr und je schneller es der proletarischen Weltrevolution gelingt, an Stelle der bürgerlichen proletarische Staatsgewalten zu setzen, umso mehr und umso schneller werden auch die losen internationalen Organisationen der bereits bestehenden proletarischen Staaten sich zusammenschweißen, bis eines Tages alle nationalen Grenzen und Gegensätze gesprengt sind und die rote Fahne des großen, allumfassenden, einzigen Staates des ganzen Weltproletariats über die gesamte Erde weht!

Diese Zergliederung des Rätesystems ist also keine zufällige oder willkürliche, sondern erklärt sich aus der Tatsache, daß ihr als erkenntnistheoretische Basis der Fundamentalsatz der historisch-materialistischen Geschichtsauffassung zu Grund gelegt wird, der besagt, daß alle Erscheinungsformen des menschlichen Zusammenlebens, auch die politischen, aus dem jeweiligen Entwicklungsgrad der ökonomischen Verhältnisse resultieren.

Der Rat der Kommune (Stadt oder Dorf) ist die unterste Instanz des Staatssystems der Räte mit exekutiver politischer Gewalt. Der Betrieb ist zwar die Zelle und die letzte Wahlkörperschaft des proletarischen Staates, aber da der einzelne Betrieb lediglich wirtschaftliche, aber keine direkt politischen Funktionen erfüllen kann, so geht erst aus dem Zusammentritt der von den Belegschaften der Betriebe gewählten Delegierten einer Gemeinde der örtliche Arbeiterrat, die unterste Räteinstanz mit ausgesprochen politischen Aufgaben und Bestrebungen hervor. Wo eine Erfassung der Wahlberechtigten in Betrieben vor der Hand nicht möglich ist, weil die wahlberechtigten Personen nicht in Betrieben (im engeren Sinne), sondern noch als Einzelpersonen, in Hausständen usw. tätig sind, erfolgt die Delegation in den lokalen Arbeiterrat aus einer Zusammenfassung der Wahlberechtigten nach beruflichen Gesichtspunkten. Der lokale Arbeiterrat setzt sich also zusammen aus den Delegierten der Betriebsbelegschaften, die seine weitaus größte Mehrheit bilden werden, und der Berufsorganisationen aller derjenigen Wahlberechtigten, die ihr Stimmrecht in den Betrieben geltend zu machen nicht in der Lage sind. Diese Gemeinden — oder lokalen Arbeiterräte werden mit allen zur Verfügung stehenden Machtbefugnissen ausgestattet; ihr Aufgabenkreis erstreckt sich auf die Erledigung sämtlicher in den Bezirk der Gemeinde fallenden Angelegenheiten. Dieses Prinzip gilt in gleicher Weise für die städtischen Kommunen wie für die dörflichen Gemeinden.

„Die Vertretung der Fabrik ist die politische und wirtschaftliche Zelle des Staatsmechanismus. Die Vertreter des Proletariats des Ortes sind die Staatsmacht des Ortes.“ (Karl Radek: „Die Diktatur des Proletariats. Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat.“ Essen 1919.)

„Die Grundlage, auf der sich alles aufbaut, sind die Räte der Arbeiter und der Bauern. Sie verwalten die Fabriken in den Städten und in den Dörfern sind sie die Exekutivbehörden, die alle öffentlichen Angelegenheiten regeln. Die Stadtverwaltungen werden gebildet, indem die Fabrikräte und die Räte der Arbeitenden, soweit sie nicht Fabrikarbeiter sind, ihren Delegierten in den Stadtrat entsenden.“ (J. Karski: „Das Rätesystem.“ Essen 1919.)

„Die Räte haben sich als höchste Gewalt in der Gemeinde zu konstituieren. Sie haben die Verfügungsmacht auf allen Gebieten der Gemeindetätigkeit.“ (E. Ludwig: „Die Rolle der Arbeiterräte in der deutschen Revolution.“ Berlin 1919.)

„Mit den größten Betrieben beginnend, ziehen die Sowjets dann die Arbeiter der Werkstätten und die Handelsangestellten in ihre Organisationen hinein, greifen aufs Dorf über, organisieren die Bauern gegen die Gutsbesitzer und dann die unteren und mittleren Schichten der Bauernschaft gegen die Kulaks (Dorfwucherer).“ (L. Trotzky: „Terrorismus und Kommunismus. Anti-Kautsky.“ Hamburg 1920.)

Das Gebäude des Rätestaates erhebt sich weiter von den Arbeiterräten der Kommune, deren Grundsteine die Betriebe bzw. die beruflichen Organisationen sind, zu den intranationalen Räten, d. h. zu denjenigen Zwischeninstanzen, die zwischen die Arbeiterräte der Kommune und den Zentralrat des gesamten Rätestaates auf Grund einer konkreten Einteilung des dem Rätestaat zur Verfügung stehenden geographischen Bezirkes eingeschaltet sind. Diese Zergliederung des Territorismus des Rätestaates erfolgt nach ökonomischen Momenten; überall dort, wo in einem Abschnitt des Landes infolge gleichartiger geographischer Verhältnisse eine gewisse Einheitlichkeit in der Produktion der Sachgüter zu erkennen ist, wie z. B. bei Landstrecken, deren Produktion einen ausgesprochenen landwirtschaftlichen Charakter (Mecklenburg) trägt oder aber sich auf eine ganz bestimmte Art von Industrie (Ruhrgebiet: Kohle) konzentriert, überall an den Grenzen der sich innerhalb eines „nationalen Staates“ herausformenden relativ einheitlichen Wirtschaftsgebiete werden diese Einschnitte in der Zergliederung des Territorismus vollzogen und diese einheitlichen Wirtschaftsgebiete zur territorialen Grundlage der intranationalen Räte gemacht.

Die Spitze und höchste Instanz des proletarischen Staates gipfelt in dem obersten Rätekongreß, dem Zentralrat des ganzen Staates; dieser Zentralrat ist das eigentliche Gehirn des proletarischen Staatsorganismus, in ihm kulminiert das ganze Staatssystem, in seinen Beschlüssen und Maßnahmen findet der Wille der gesamten Wählerschaft seinen kristallisierten Ausdruck: er ist Träger und Vollstrecker der obersten Staatsgewalt, Verkünder der für den ganzen Rätestaat gültigen Gesetze und bei der Beschlußfassung dringender Maßnahmen die allein entscheidende Instanz.

„Von der Zentralgewalt der Räte gehen nach allen Seiten Tausende und Millionen von Fädchen aus; diese Fädchen führen zunächst zu den Provinzial- und Bezirksräten, dann zu den lokalen Räten, von diesen zu den Räten der einzelnen Betriebe und Werke, die Hunderttausende von Arbeitern umfassen.“ N. Bucharin: „Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki).“ Berlin 1919.)

„Die Arbeiterräte, die sich zusammenschließen zu Vollversammlungen mit ihren Vollzugsräten, weiter zu Bezirksversammlungen mit ihren Bezirksausschüssen und endigen in der Spitze des Reichsrätekongresses mit dem Reichsvollzugsrat, sind die politischen Kampforgane des Proletariats.“ (E. Ludwig: „Die Entwicklung der Arbeiterräte“, abgedruckt in „Die Internationale“, 2. Jahrgang, Heft 22. Berlin 1920.)

„Die breite Grundlage des Rätesystems ist der Arbeiter- bezw. Bauern- und Soldatenrat jeden Orts . . . . . . Bezirks-, Provinzial- und Landesräte bilden die Vertretung der entsprechenden größeren Gemeinschaften der Arbeitenden. Der Reichsrat ist die zusammen-

steuer, die auf die Verbraucher abgewälzt war, war für die Zechenbesitzer nicht mehr aufzubringen! Für die deutsche Regierung war es daher selbstverständlich, daß die Reichsbank für die notleidende Industrie eine Stützungsaktion unternimmt. Die Industrie entlastete die Reichsbank von ihrem Devisenbesitz. Und die Industrie entlastete sie richtig. Wie es sich eben für Kapitalisten geziemt. Mit den der Reichsbank abgenommenen Devisen wird jetzt eine Rheinische Goldnotenbank gegründet, was die wirtschaftliche Trennung von Deutschland bedeutet, und den weiteren Abbau des Staates. Das Kleinbürgertum rast. Es ist die Wut des Betrogenen, der keine Konsequenzen zu ziehen weiß:

Kapital und seinen Helfern. Das Proletariat sollte sich mehr denn je die Erkenntnis aneignen: halbe Wahrheit ist Lüge. Dann würde es nicht hoffen auf eine Besserung nach dem Rezept, das die oben zitierte Zeitung im selben Artikel bringt, nämlich: Herabsetzung der Preise. Die Dummheit, daraufhin Luftschlösser zu bauen, trauen wir jedoch der „Vossischen" eigentlich nicht zu. Wenn sie „freien Wettbewerb" und „Oeffnung der Grenzen" verlangt, grinst dahinter vielmehr irgend eine an der Einfuhr interessierte bestimmte Clique. Oder soll der deutsche Kapitalist seine „vollen" Lager verschenken, nur um wieder neu produzieren zu lassen? Es ist, auch wenn es den Willen dazu hätte, mit den

den Arbeitskräfte, nun seine Kraftquellen wo anders zu suchen. Blos gemach! Sie sind überall am Versiegen. Die Fäulnis im Kapitals-Körper hat schon die nationalen Grenzen überall überschritten. Die Ringbildung zum Schutze der Profitinteressen ist umgeschlagen von der Höherentwicklung zur Verzweiflungsäußerung, in diesem Sinne auch Zweckmäßigkeit.

Das große Rätselraten ist vorbei: Jeder Arbeiter ist auf die Aussterbeliste gestellt, wenn er nicht mehr gebraucht wird. Aber der Arbeiter lernt es unglaublich schwer, ebenso aus Zweckmäßigkeit zu handeln wie der Gegner. Gegen den Tod ist bisher noch kein Kraut gewachsen. Die Bourgeoisie ist in ihren Worten und weil sie die

fassende Spitze des Systems . . . . ." (KPD.: „Alle Macht den Räten!" Stuttgart-Degerloch 1919.)

„Die Arbeiter- und Bauernräte einer jeden Provinz treten regelmäßig zu Provinzialrätekongressen zusammen, um über ihre Provinzialangelegenheiten zu beschließen. Die höchste Instanz in der Räterepublik ist der halbjährlich einzuberufende Kongreß der Arbeiter- und Bauernräte." (Fr. Sturm: „Das bolschewistische Rußland." Hamburg 1919)

Fortsetzung folgt.

Rußland u. Vaterlandverteidigung.

Was sagt Bucharin in seinem Referat auf dem Plenum des Moskauer Komitees der KPSU. am 4. Juni 1927.

3. Ueber Verteidigung und Angriff.

Ueber die Verteidigung des Vaterlandes.

Eine ganze Reihe anderer Probleme mußte ebenfalls einer entsprechenden Veränderung unterworfen werden. Sie alle können sich entschieden dessen entsinnen, daß einer unserer entschiedendsten Schläge gegen die Sozialpatrioten der Schlag gegen ihre „Theorie" der Verteidigungs- und Angriffskriege der imperialistischen Staaten war.

Zu Beginn eines Krieges behauptet ein jeder imperialistische Staat, daß man ihn „angegriffen" habe. Die Sozialchauvinisten der verschiedenen Länder haben ihre Politik auf der „Analyse" eben dieser Frage, der Frage, wer „angegriffen habe" und wer sich „verteidige", aufgebaut. Demgegenüber bestanden unser bolschewistischer Standpunkt und unsere bolschewistische Antwort auf diese Frage darin, daß diese ganze Fragestellung an sich unsinnig sei, weil es in einem imperialistischen Kriege keine Verteidiger und Angreifer gibt — hier sind alle Seiten die Angreifer. Das Angriffsobjekt sind die Kolonialländer. Was die imperialistischen Staaten betrifft, so sind die Versuche einer Abgrenzung der „Schuldigen", die angreifen, von den „Schuldlosen", die sich nur „verteidigen", absoluter Blödsinn.

Es versteht sich von selbst, daß die Existenz der Sowjetunion und eines solchen Faktums, wie es die chinesische Revolution ist, eine solche allgemeine Fragestellung ausschließen. Denn es handelt sich hier nicht um zwei imperialistische Seiten, sondern um klassenmäßig verschiedene Organisationen der Staatsmacht.

Bei unserem Konflikte mit England können wir nicht auf eine Fragestellung verzichten, die dahin geht, daß England uns angegriffen hat. Im Gegenteil, wir müssen behaupten, — und das wird der Wirklichkeit vollkommen entsprechen, — daß wir angegriffen werden. Die Sowjetunion führt in Wirklichkeit eine Friedenspolitik. Unser „Angriff", wenn man sich so ausdrücken darf, ist in erster Linie unsere wirtschaftliche Erstarkung. Doch ist dies eine Kategorie ganz anderer Art.

Noch mehr verändern die jetzigen Ereignisse die Fragestellung bezüglich der Verteidigung des Vaterlandes. Wenn im ersten imperialistischen Krieg für alle „Großmächte" die Verteidigung des Vaterlandes verneint wurde, da diese Mächte ja imperialistische Mächte waren, so ist umgekehrt für die proletarischen Republiken die Verteidigung des Vaterlandes die nächste Pflicht der proletarischen Parteien. Wenn in den kapitalistischen Ländern die Kommunisten auf defaitistischem Standpunkt stehen müßten, so muß man in der Sowjetunion auf dem Standpunkt einer allseitigen Unterstützung unseres proletarischen Vaterlandes stehen. Wenn man dort die „Verteidigung des Vaterlandes" verneinen muß, so muß man sie bei uns restlos bejahen. Dieser Gedankengang ist gegenüber den proletarischen Republiken richtig. Er ist aber auch gegenüber einer solchen Regierung, gegenüber einer solchen Staatsorganisation richtig, wie es, sagen wir, der nationalrevolutionäre Staat in China ist, der gegen den Imperialismus kämpft.

Lenin behandelte zum Unterschied von manchen anderen die Frage der Verteidigung des Vaterlandes mit vollkommener Klarheit. Indem

er sich mit seiner ganzen Kraft gegen die sozialpatriotischen Verteidiger der imperialistischen Vaterländer wandte, behandelt Lenin die Frage nicht etwa so, daß, wenn das Vaterland kein proletarisches ist, kein Grund vorläge, es zu verteidigen. Lenin war auch von einer solchen Vereinfachung sehr weit entfernt. Er sagte, die „Verteidigung des Vaterlandes" sei eine vulgäre, spießige Formel, eine Rechtfertigung des Krieges, irgendeinen anderen Sinn habe dieser Ausspruch nicht. Wenn beispielsweise von der Verteidigung des englischen Vaterlandes die Rede ist, so ist das nichts anderes wie der gangbare Ausdruck für die Rechtfertigung eines Krieges der von der englischen imperialistischen Regierung geführt wird.

Fortsetzung folgt.

Aus Holland.

Nachdem in „Entschiedene Linke" vom März 1927, unter der Aufschrift „Aus der Internationale" mitgeteilt worden war, daß die „E.L." sich auf den Standpunkt stellen, daß ihr Kampf gegen die Dritte Internationale nur auf internationaler Basis zu einem günstigen Ende geführt werden kann und diese Mitteilung damit ergänzt wird, daß die „E.L." inzwischen sich aufgemacht hat, die teilweise verloren gegangenen internationale Verbindungen zwischen den revolutionären Kommunisten aufs neue aufzunehmen — die Richtigkeit ihrer Behauptungen an einer Korrespondenz aus Holland demonstrierend — finden wir in der E.L.-Nummer vom April 1927 wiederum eine Mitteilung und zwar wieder mit der Aufschrift „Aus der Internationale" folgenden Inhalts:

„Unsere holländischen Genossen und Freunde haben ein treffendes Flugblatt über die Sowjetgranaten herausgegeben und damit die Granatenkampagne in Holland eröffnet. —"

Wir wünschen an dieser Stelle die kategorische Frage an die E.L. zu stellen, uns deutlich zu sagen, wer und was ihre „holländischen Genossen und Freunde sind."?

Die Andeutung „holländische Genossen und Freunde" und auch die Erwähnung des von denselben angeblich herausgegebenen Flugblattes über die russischen Granaten, gibt uns sogar das Recht zu meinen, daß in Holland eine Gruppe der Entschiedene Linke errichtet worden ist.

Inzwischen stellen wir fest, daß, wenn dies letzte zutreffen sollte, besagte Gruppe in geheimnisvollster Weise zustandegekommen ist, denn in Holland weiß bis heute keiner auch nur etwas vom Bestehen einer solchen Gruppe!

Dergleiche Organisationsmethoden, von dem was man denn den Klassenkampf nennt, auch wenn man auf einen solchen Versuch die Andeutung „kommunistisch" anwendet, sind schließlich nichts anderes als die Methoden der bürgerlichen Gesellschaft und der mit ihr verknüpften Sozial-Demokratie auch Moskauer Schattierung — d. h. unter Ausschließung des Proletariats, damit dasselbe nicht etwa die Möglichkeit bekomme, von der theoretischen und taktischen Politik, also vom Programm dieser Gruppe. Kenntnis zu nehmen.

Was wir also schließlich von der E.L. kategorisch fordern ist, daß sie den holländischen Arbeitern ihr Dasein und ihr ganzes Programm bekannt geben soll. Mit weniger kann das Proletariat sich nicht zufrieden geben. Es ist die minimale Forderung des proletarischen Klassenkampfes.

Politische Notizen.

Der 1. Juli ist ein wenig zu klanglos vorübergegangen. Die Sozialdemokratie hätte Anlaß gehabt, an diesem Tag ein Siegesfest zu feiern. Das Werk der neuen Arbeitsgesetzgebung ist mit diesem Tag in Kraft getreten. Die Lohnsklaven können jetzt genau wissen, nach welchen Paragraphen sie jeweils entweder in die Knochenmühle gehen oder auch auf der Straße bleiben dürfen. Für die Gewerkschaftsbürokratie bedeutet die Arbeitsgesetzgebung einen wichtigen Schritt zur Anerkennung als Inhaber des Monopols, mit freien Lohnsklaven zu handeln. Es ist begreiflich, daß die Leute von der SPD dahinter her sind, an solchen Konzessionen ihren Teil zu erjagen. Da die deutschen Arbeiter einen ausgeprägten Sinn für „Gesetzlichkeit" haben — nämlich nicht dafür, selbst Gesetze aufzustellen, sondern den Vorschriften und Befehlen der Unteroffiziere aller Sorten zu gehorchen — so kann man sich vorstellen, was (nun erst recht) Lohnkämpfe für die Vorwärtstreibung der Revolution bedeuten können — nämlich gar nichts, so lange sie im Rahmen dieser Arbeitsgesetze bleiben. Bleiben sie aber nicht in diesem Rahmen, so sind sie von vornherein politisch, man braucht sie nicht erst dazu zu machen; und das wiederum ist nur im Zusammenhang einer allgemeinen tiefgreifenden politischen Krise denkbar.

* * *

Karl Severing, der Mann, der „mit Mattek im Wetterwinkel" war, hat mit einer Rede versucht, die Liquidation des Reichsbanners einzuleiten. Er meinte, der militärische Schutz der Republik durch einen solchen Verband sei kaum mehr nötig; die sozialdemokratische Arbeit auf den „kulturellen" Gebieten leide Not, weil zu viele Leute Soldaten spielen wollen oder in die Sportklubs laufen. Vor allem aber sei nötig, schon jetzt für die Reichstagswahlen von 1928 zu rüsten, um die Schlappe von 1924 auszuwetzen. Diese Rede ist erstens ein Zeichen dafür, wie sicher sich in der Tat die Republikaner unter dem Schutz und Schirm ihres Hindenburg fühlen, zweitens dafür, daß in der Tat Kräfte für die eigentliche Parteiarbeit in der SPD. zu fehlen beginnen. Außerdem aber ist wohl ein Wink an das Zentrum beabsichtigt, eine freundschaftliche Ankündigung, daß man es anläßlich der Wahlen mit Energie zu bekämpfen beabsichtigt.

* * *

Mögen auch bei den Wahlen in Mecklenburg-Strelitz, die jetzt stattgefunden haben, zum Teil besondere Verhältnisse mitgespielt haben, im ganzen dürfte ihr Ergebnis doch eine gewisse Vorbedeutung für die Reichstagswahlen des nächsten Jahres sein. Die Wahlbeteiligung im ganzen war sehr schwach, die SPD. gewann (allein) in großem Maßstab Stimmen und Mandate, KPD. und Völkische sind schwer geschlagen. Diejenigen Schichten, deren Interesse und politischer Wille auf durchgreifende Machtveränderungen ausgeht, beginnen sich von dem Betrug des Stimmzettels abzuwenden. Die „Ausgeschiedenen" aller Klassen und Schichten sammeln sich bei der Sozialdemokratie; in Mecklenburg-Strelitz waren darunter viele ländliche Elemente, Pächter und Landarbeiter durcheinander, die ersteren gewannen durch die mittelständlerische Agrarpolitik der SPD., die bekanntlich mit reformistischen Mitteln auf dasselbe Ziel hinausgeht wie die in ihren Methoden revolutionäre Agrarpolitik Lenins: die Schaffung eines „freien", d. h. warenproduzierenden, kapitalistischen Bauerntums.

* * *

Soll die Reichswehraufgerüstet werden? Mitteilungen einer bürgerlich-pazifistischen Korrespondenz behaupten es. Die „Rote Fahne", aus deren Lager die Enthüllungen vermutlich stammen, griff die Nachricht auf. In der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse — ausgenommen die „Leipziger Volkszeitung" — wurde sie totgeschwiegen oder lächerlich gemacht. Durch Verkürzung der Dienstzeit soll der tatsächliche Mannschaftsbestand auf 300000 Mann erhöht und allerhand schwere Waffen sollen neu eingefügt werden. Dies alles angeblich als Ergebnis der Genfer Verhandlungen, vor allem auf Grund von Vereinbarungen mit England. Die Herkunft der Nachricht ist trübe und verdächtig. Dennoch ist sie, politisch gesehen, nicht unwahrscheinlich, oder wenigstens nicht unmöglich. Aber allerdings: alarmierend können wir sie nicht finden. Zur Niederhaltung des deutschen Proletariats, wie es heute ist, würde die reine Polizeigewalt, ohne alle Reichswehr, völlig ausreichen; erwachen die Arbeiter, dann sind 300000 Mann vor ihnen ebenso Spreu wie 100000. —

Zuschriften und Geldsendungen an Gustav Herrmann, Berlin-Steglitz, Schloßstr. 130.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Carl Gierpin, Berlin-Friedenau. — Verlag: Carl Gierpin, Berlin-Friedenau.
Druck: Müllersche Buchdruckerei, Berlin-Steglitz.

6. Jahrgang 1927
Erscheint monatlich 1 mal

Nr. 7/8 10 Pfg.
Erscheint monatlich 1 mal

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.
Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale

Die Lehren von Wien!

Die revolutionären Arbeiter haben alle Ursache, die Vorgänge der Wiener Revolte vom 15. Juli dieses Jahres sehr genau zu prüfen. Diese Vorgänge waren nicht nur, nach einer langen Ruhepause, das erste neue Aufflammen der europäischen Arbeiterrevolution; sie sind auch, in allen ihren Abschnitten, außerordentlich lehrreich für den jetzigen Zustand der Arbeiterklasse, für das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, für die Haltung der Arbeiterparteien, und für die Beurteilung der nächsten Aussichten der Revolution mit den Aufgaben der revolutionären Kräfte.

Unser Raum ist zu beschränkt, um hier den Gang der Ereignisse noch einmal ausführlich zu schildern. Nur an die wichtigsten Punkte sei erinnert. Nach übereinstimmenden Berichten begann die Demonstration vom 15. Juli aus den Betrieben heraus. Die Arbeiter kamen in ihrer Werkkleidung auf die Straße; sie kamen, um gegen ein einseitiges Klassenurteil der oesterreichischen Justiz öffentlich zu protestieren, ein Urteil wie wir sie in Deutschland zu vielen Dutzenden auch erlebt haben. Der Protest war spontan. Eine Parole war nicht ausgegeben, von der Sozialdemokratie sicher nicht, von der KPOe. mindestens nicht offiziell; eine Parole der oesterreichischen Parlamentskommunisten hätte auch sicherlich nicht viele Tausende von Wiener Arbeitern in dieser Form auf die Straße gebracht.

Woher also die Demonstration? Woher ihre rasche Weiterentwicklung zum Angriff auf staatliche Gebäude, zur Errichtung von Barrikaden, zum bewaffneten Straßenkampf?

Einzelne bürgerliche Berichte weisen darauf hin, daß erst vor kurzem umfangreiche Arbeiterentlassungen, vor allem in dem Arbeiterbezirk Ottakring, erfolgt waren, und daß die Arbeitslosen an der Demonstration besonders zahlreich beteiligt waren. Dies stimmt überein mit der sehr gedrückten Lage des oesterreichischen Arbeitsmarktes, der infolge der Lebensunfähigkeit dieses künstlichen Zwergstaates alle Erscheinungen der Kapitalskrise seit dem Krieg in besonders schwerer Form zeigt, und solche Perioden vorübergehender Erleichterung wie der reichsdeutsche Arbeitsmarkt nie gehabt hat.

Die Entrüstung über das sogen. Schattendorfer Urteil stieg also auf einen durch Lohndruck, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit wohl vorbereiteten Boden. Die Justizschande fügte zu dem wirtschaftlichen Elend noch das Gefühl der Schutzlosigkeit, und so entstand der Wutausbruch, der sich in einer Revolte entlud.

Neuerlich betrachtet, steigerte sich die Revolte innerhalb von 12 Stunden zu den höchsten Formen des offenen revolutionären Kampfes; die Arbeiter sind vorübergehend Herren der Straße, sie stecken den Justizpalast in Brand, greifen die bewaffnete Polizei an, legen den Verkehr still.

Aber während unser Herz bei ihnen ist, kann unser Verstand und unsere Erfahrung einige wichtige Punkte nicht übersehen: die Demonstration, begonnen im Namen des Protestes gegen parteiische Rechtsprechung, weiterführend zu einem durchaus illegalen Vorstoß gegen die Gewalt des bürgerlichen Staates, trägt einen inneren Widerspruch in sich, und es gelingt ihr nicht, diesen Widerspruch zu überwinden. Der Protest gegen die bürgerliche Rechtsprechung entwickelt sich nicht weiter zur Aufrichtung eines proletarischen Rechts; nur das wäre Revolution, der bloße Protest bleibt, trotz der Energie seines ersten Aufwallens, bloße Revolte.

Es kann auch nicht anders sein. Denn die Stimmung ist zwar aufrührerisch, Erkenntnis und Organisation aber sind — sozialdemokratisch. Ringsums in den zahllosen Berichten, die uns vorgelegen haben, ist davon die Rede, daß in irgend einem Stadium der Bewegung Aktionsausschüsse der Betriebe oder revolutionäre Räte gebildet worden wären. Nirgends ist ein Ziel erkennbar, das über den bloßen Protest, oder höchstens noch den Ersatz der Regierung Seipel durch eine sozialdemokratische Regierung hinauswesen würde.

Keine revolutionäre Partei, keine Betriebsorganisation war da, um als Mund des revolutionären Proletariats ein Ziel der Bewegung auszusprechen, die Wucht des Kampfes gegen die wichtigsten Machtpositionen des Bürgertums zu richten. Der Justizpalast war keine Machtposition, sondern nur ein Symbol. Das Parlament war eine Machtposition — und man ließ nach turzem Versuch von ihm ab. Am klarsten waren noch die paar Arbeiter, die eine Polizeiwache stürmten.

Eine wirkliche Machtposition des Bürgertums wurde auch von denjenigen Arbeiterkrupps angegriffen, die die Zeitungen der Christlich-Sozialen und der Großdeutschen angriffen und zum Teil zerstörten. Allerdings zeigte sich naturgemäß bald, daß die wichtigsten Positionen der Konterrevolution die waren, die nicht angegriffen wurden — das Gewerkschaftshaus, die Zentrale der Sozialdemokratie, die „Wiener Arbeiter-Zeitung".

Es ergibt sich: Barrikadenbau und Straßenkampf sind an sich noch keineswegs „die höchste Form des revolutionären Kampfes". Sie werden es erst innerhalb einer von revolutionärem Bewußtsein getragenen Bewegung, die revolutionäre Organe einer proletarischen Macht aus sich entwickelt.

Das gleiche zeigt die weitere Entwicklung für die Beurteilung des Generalstreiks.

Auch der Generalstreik an sich ist noch nicht ohne weiteres, ist nicht in jeder Situation eine Form des revolutionären Kampfes. Das hat sich in Wien noch einmal, deutlicher vielleicht als bei verschiedenen reichsdeutschen Erfahrungen, als eine Waffe erwiesen, die dem dient, der sie handhabt. Der von der oesterreichischen Sozialdemokratie proklamierte Generalstreik war nicht nur deshalb konterrevolutionär, weil er in der äußeren Form ein Zurückgehen hinter dem bewaffneten Aufstand war, sondern vor allem aus dem einfachen Grunde, weil er von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften geführt wurde. Er hat jenen Zustand geschaffen, in dem innerhalb weniger Stunden festgestellen ist, was an organisierten Kräften — außer der Regierung — in einem Lande vorhanden ist; jenen Zustand, in dem entweder die Arbeiter selbst schweigen und nur die zentralen Organisationen sprechen, um sich alsbald auf dem Rücken der Arbeiter zu einigen — oder wo die Arbeiter selbst auf die Bühne treten, sich unter dem Einfluß einer revolutionären Partei in ihren Betrieben organisieren und sich schnellstens einen Machtstern schaffen. Daß in Wien nicht dieses letztere, sondern das erstere geschehen würde, war den Organisatoren des Generalstreiks ohne weiteres klar.

Daß die Revolte mit blutigen Massakers niedergeschlagen wurde, daß dabei das ganze Lügengeschrei der bürgerlichen Presse Deutschlands und Oesterreichs in altgewohnter Weise losging (einschließlich der angeblich verbrannten Kinder von Justizbeamten und der „verstümmelten" Polizisten, nach bekanntem Lichtenberger Muster) — das kann keinem denkenden Arbeiter Wunder nehmen. Das Wehgeheul darüber sollte man sich sparen. Klassenkampf ist Klassenkampf und kein Kaffeekränzchen.

Wenn es noch nötig war, das Gesicht des Austromarxismus, der oesterreichischen Spielart der Sozialdemokratie, zu enthüllen, so ist es diesmal geschehen. Seit Jahren sind die Bauer, Seitz, Austerlitz, nicht zu vergessen Friedrich Adler, bekannt für die scharfe Tonart, die sie lieben. Sie sind die typischen Vertreter jenes Reformismus, der sein konterrevolutionäres Wesen verhüllt mit revolutionären Phrasen, die richtigen Schafe im Wolfspelz — besser gesagt: Schafsfalle in der Löwenhaut. Ihre Vorherrschaft ist kein Wunder in einem Lande, in dem die Unhaltbarkeit der politischen Verhältnisse und der Staats-Existenz selbst, die Lebensunfähigkeit der Wirtschaft jedem denkenden Arbeiter täglich so deutlich vor Augen steht wie in dem Deutsch-Oesterreich von Gnaden des Vertrages von Saint-Germain; in einem Lande noch dazu, dessen überwiegend vom Proletariat bevölkerte Hauptstadt — Wien — zugleich ein so starkes ziffernmäßiges Gewicht und doch auch eine so unmögliche wirtschaftliche Lage aufweist. Das deutliche Gefühl der Arbeiterschaft von der Unhaltbarkeit dieser Lage verlangt nach einem Ausbruch und so gelangen, so lange keine Revolution ausbricht, die lautesten Schreier zum Wort — die Schreier, will sagen: die, die von den Arbeitern keine ernsten eigenen politischen Taten verlangen, dafür aber so tun, als